

An den Präsidenten  
der Wirtschaftskammer Kärnten  
Europaplatz 1  
9020 Klagenfurt

Klagenfurt, 23. Mai 2023

### **Abänderungsantrag zu Antrag 19**

(Keine weitere Abzocke der Österreicher: Nein zur ORF-Zwangssteuer)

zum Wirtschaftsparlament am 23. Mai 2023

des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landesgruppe Kärnten

### **ORF-Finanzierung zur Qualitätssteigerung nutzen**

Der ORF und die Bundesregierung haben sich auf ein neues ORF-Gesetz und damit auf eine neue Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geeinigt. Statt der GIS-Gebühr, die 2022 durch den VfGH mit Ende 2023 aufgehoben wird, soll ab 2024 eine neue ORF-Haushaltsabgabe in Kraft treten. Die neue Abgabe ist grundsätzlich von allen Haushalten zu entrichten und wird rund 15 Euro pro Monat betragen. Hinzukommen noch die Landesabgaben, entfallen werden hingegen die Umsatzsteuer und Bundesabgaben.

Werden für 2023 noch Einnahmen in der Höhe von 676,2 Millionen Euro aus der GIS erwartet, erweitert sich der Kreis der Bezahler ab 2024 auf vier Millionen Haushalte. Die neue Abgabe soll bundeslandabhängig – bis zu 24,50 Euro monatlich ausmachen, rund 16,70 Euro davon fließen an den ORF. Das macht rund 800 Millionen Euro für den ORF. Ein Plus von 18 Prozent!

Die unterfertigenden Delegierten des Wirtschaftsbundes Kärnten stellen daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer möge in Verhandlungen mit der Bundesregierung darauf drängen, dass für die beschlossene ORF-Finanzierung im Sinne einer öffentlich-rechtlichen Qualitätssendung und -berichterstattung entsprechende Kriterien erarbeitet werden und eine Evaluierung derselben regelmäßig stattfindet.



DI Christoph Aste  
Delegierter zum Wirtschaftsparlament



Franz Ahm  
Delegierter zum Wirtschaftsparlament